

Ä1

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2026

Initiator*innen: DiPA und Bundesvorstand (dort beschlossen am: 13.04.2026)

Titel: Ä1 zu A4: Forderung von Maßnahmen zur
Gestaltung sicherer sozialer Netzwerke für
junge Menschen

Antragstext

Von Zeile 16 bis 22:

~~Gleichzeitig ist bei allen Schutzmaßnahmen zu berücksichtigen, dass pauschale Ausschlüsse auch neue Probleme schaffen können. Wenn Schutz vor allem über Verbote organisiert wird, besteht die Gefahr, dass die Rechte, Bedürfnisse und Lebensrealitäten junger Menschen nicht ausreichend berücksichtigt und ihre Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt werden.~~

Kinder und Jugendliche haben jedoch ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe, auch in digitalen Lebensräumen. Schutz, der über den Ausschluss aus sozialen Räumen gewährleistet werden soll, schränkt dieses Recht ein und missachtet die Lebensrealität junger Menschen. Pauschale Ausschlüsse sind deswegen keine Lösungen für vorhandene Probleme, sondern erschaffen neue.

~~Dabei~~ Zusätzlich ist einerseits die Wirksamkeit von Verboten von Sozialen Medien empirisch nicht belegt³ und andererseits stehen diese Forderungen häufig im Gegensatz zu

Begründung

Im Rahmen der Vorabsprache mit dem Bundesvorstand zur gemeinsamen Antragsstellung haben wir diesen Absatz nochmals abgeändert. Durch die Änderung soll in dem Absatz bereits eine klare Positionierung enthalten sein, die bisher zu kurz kam.